

Amtsgericht Neuss

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Freitag, 13.02.2026, 09:00 Uhr, 1. Etage, Sitzungssaal 130, Breite Straße 48, 41460 Neuss

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Büttgen, Blatt 4900,

BV Ifd. Nr. 7

Gemarkung Büttgen, Flur 35, Flurstück 319, Gebäude- und Freifläche, In der Delle 7,

Größe: 483 m²

Grundbuch von Büttgen, Blatt 4900,

BV lfd. Nr. 9/zu 7

1/3 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Büttgen, Flur 35, Flurstück 313, Gebäude- und Freifläche, In der Delle, Größe: 068 m²

versteigert werden.

Objekte laut Gutachten:

Flurstück 319:

Reihenhaus, Garage.

Lage: In der Delle 7, 41564 Kaarst-Driesch.

1/3 Anteil an Flurstück 313:

KFZ-Stellplatz.

Lage: In der Delle, 41564 Kaarst-Driesch.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 12.09.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf 323.600,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Büttgen Blatt 4900, lfd. Nr. 7 318.000,00 €
- Gemarkung Büttgen Blatt 4900, lfd. Nr. 9/zu 7 5.600,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.